

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 84

2. Mai 1980

Diether Posser MdL, NRW-Finanzminister, über den neuen CDU-Spitzenkandidaten in NRW: Biedenkopf heißt Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Abbau sozialer Leistungen.

Seite 1/2

Oskar Lafontaine zieht Bilanz aus der Saar-Wahl: Die saarländische Trendwende.

Seite 3

Horst Seefeld MdB/MdEP zum Europatag 1980: Partnerschaft und Demokratie - Solide Grundlagen für den Frieden in Europa.

Seite 4

Liesel Hartensteen MdB fordert die Öffentlichkeit auf, Tierschutz-Aktivitäten der Politiker zu unterstützen: Eine Aufgabe für alle.

Seite 5/6

Zwei Millionen Arbeitslose

Biedenkopf heißt Arbeitslosigkeit, niedrigere Löhne und Abbau sozialer Leistungen

Von Dr. Diether Posser MdL
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Professor Biedenkopf, der CDU-Ministerpräsidentenkandidat in Nordrhein-Westfalen, ist gegen eine staatliche Vollbeschäftigungspolitik. Er will die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen, "staatlich garantiertes Wirtschaftswachstum und staatlich garantierte Vollbeschäftigung" haben für ihn "den autoritären und planwirtschaftlich handelnden Staat zur Voraussetzung". - Seminaristische "Weisheiten" eines Professors, der - glücklicherweise - noch nie in einer Regierung Verantwortung für die arbeitenden Menschen tragen mußte. - Was wohl diejenigen Arbeitnehmer von solchen Sprüchen halten, die seit 1974/75 infolge der Ölkrise und die durch sie hervorgerufene weltwirtschaftliche Flaute arbeitslos wurden oder arbeitslos zu werden drohten und die allein aufgrund großer finanzieller Anstrengungen der Bundesregierung und der nordrhein-westfälischen Landesregierung wieder einen Arbeitsplatz fanden beziehungsweise ihren alten beibehalten konnten?

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1



Ein Experte der Bundesanstalt für Arbeit kommentierte Biedenkopfs Thesen mit der Prognose, daß sich Arbeitslosigkeit ohne staatliche Maßnahmen in den 80er Jahren auf über zwei Millionen erhöhen würde. Man fragt sich bei all dem: Kümmern menschliche Schicksale den CDU-Spitzenkandidaten eigentlich nicht? Und man erinnert sich an seinen Ausspruch: "Arbeitslosigkeit kann im Einzelfall durchaus erträglich sein."

Professor Biedenkopf will den Unternehmern beim Kostensparen helfen. So weit, so gut. Aber er sagt auch, wo er sparen will: Bei den Lohnkosten, bei den Sozialkosten, bei den Unternehmer-Abgaben. Bei den Unternehmer-Gewinnen sieht er dagegen "keinen Spielraum". Aber die Lohnerhöhungen der letzten Jahre hält er für "erheblich überzogen".

Professor Biedenkopf will den sozialen Wohnungsbau schrittweise beenden und die Bausparförderung abbauen. In welche Höhen will er die Mieten eigentlich treiben? Dies fragen auch die CDU-Sozialausschüsse, die Biedenkopf heftig kritisiert haben. Seine wohnungspolitischen Vorstellungen nannten die Sozialausschüsse "falsch", "schwammig", "unsozial" und sie forderten: Die CDU soll sich von Biedenkopf distanzieren.

Noch ein Beispiel, das zeigt, wie unterentwickelt das soziale Empfinden des Professors ist: Biedenkopf pries als Wahlkampfgeg "Humpelmärsche mit verbundenen Füßen". Welch eine Taktlosigkeit gegenüber unseren behinderten Mitmenschen.

(-/2.5.1980/ks/ca)

+ + +



Die saarländische Trendwende :

Die Sozialdemokraten wurden stärkste Partei

Von Oskar Lafontaine

SPD-Landesvorsitzender im Saarland,
Oberbürgermeister von Saarbrücken

Die saarländischen Sozialdemokraten können zufrieden sein. Bei den Landtagswahlen am vergangenen Wochenende erreichten sie ihr bisher bestes Ergebnis, ziehen damit erstmals als stärkste Fraktion in das neue Saar-Parlament ein und stellen künftig auch den Landtagspräsidenten. 45,5 Prozent, was gegenüber den Landtagswahlen 1975 einem Zuwachs von 3,6 Prozent entspricht, sind ein überaus deutliches Votum der saarländischen Wähler für die Zielsetzung sozialdemokratischer Politik. Trotz der Grünen vermochte die SPD-Saar ihr Kommunalwahlergebnis vom vergangenen Jahr noch zu steigern. Die von CDU und FDP während langer Wahlkampfwochen bejubelte Trendwende ist am Wahlsonntag eingetreten: Zwar nicht in der saarländischen Wirtschaft, sondern in den Wahlkabinen, wo der von Christ- und Freidemokraten erhoffte Aufwärtstrend deutlich gestoppt wurde.

Die Regierungsparteien haben trotz massiver Unterstützung der rechtslastigen Medien stark Haare lassen müssen: Die CDU verlor gleich 5,1 und rutschte auf 44 Prozent, die Freien Demokraten konnten nur mit Hilfe von CDU-Leihstimmen bei der 6,9-Prozent-Marke landen und mußten Stimmeneinbußen von 0,5 Prozent hinnehmen. Die vernünftige umweltpolitische Situation: der Saar-SPD hat die Grünen mit 2,9 Prozent von ihrem baden-württembergischen Nimbus befreit und die Begrenztheit ihrer politischen Bedeutung aufgezeigt. Sie helfen bestenfalls den Verlierer-Trend der CDU zu dämpfen.

An der Saar werden nun die beiden Wahl-Verlierer am 21. Mai eine neue Regierung bilden, nachdem sich die Freidemokraten schon im Vorfeld der Landtagswahlen erneut auf Gedeih und Verderb den Christdemokraten verschrieben hatten. Die SPD war so realistisch zu wissen, daß man nur dann Regierungsverantwortung übernehmen könnte, wenn die FDP im neuen Landtag nicht mehr vertreten sein wird. Allerdings ist es einer Partei noch nie gelungen, aus dem Stand heraus zwei Parteien aus der Regierung zu verdrängen.

Neben der einzigen Landes-Zeitung mühte sich ein weiterer Wahlhelfer ums Überleben der Saar-Liberalen: Das von dem Marburger Professor Niemeyer angeregte Zählverfahren, das noch schnell vor Ablauf der Legislaturperiode von der CDU/FDP-Regierungskoalition über die parlamentarische Bühne gepfeift wurde. Obwohl 0,5 Prozent Stimmen weniger, verfügen die Freien Demokraten an der Saar jetzt über insgesamt vier und damit einen Sitz mehr als bisher. Auf die SPD entfallen 24, die CDU muß sich mit 23 Mandaten zufrieden geben. Neben der publizistischen Kampagne und den CDU-Leihstimmen hat die FDP sicherlich auch von der Anti-Strauß-Haltung vieler CDU-Wähler profitiert, die ins liberale Lager übergekauft sind.

Was kaum für möglich gehalten wurde: Die saarländischen Sozialdemokraten konnten in ihren Hochburgen sogar noch Stimmengewinne verzeichnen, die CDU hingegen erlebte in ihren Traditionsfesten erhebliche Einbußen. Die Schlappe in der Stadt Saarbrücken mit minus 5,8 Prozent ist ein empfindlicher Denkmittel für wenig konstruktive Politik.

Die 24 sozialdemokratischen Abgeordneten werden künftig im neuen Landtag und damit in der Öffentlichkeit noch stärker als bisher ihre alternativen Positionen gegenüber der Landesregierung verdeutlichen müssen, um dem erneuten Vertrauensbeweis der saarländischen Wähler Rechnung zu tragen.

(-/2.5.1980/vo-he/ca)

+ + +



Partnerschaft und Demokratie

Solide Grundlagen für den Frieden in Europa

Von Horst Seefeld MdB, MdEP

Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung

Der Europarat war die erste große internationale Organisation Europas, die uns Deutschen nach dem Kriege die Möglichkeit und damit die Chance gab, am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten. Am 2. Mai 1951 wurde die Bundesrepublik Deutschland Vollmitglied des Europarates, nachdem sie 1950 assoziiertes Mitglied geworden war.

In der Geschichte des Europarates spiegelt sich auch ein Stück deutscher Nachkriegsgeschichte wieder. Das Saargebiet war am 13. Mai 1950 gleichfalls assoziiertes Mitglied geworden und blieb es bis 1957.

An all das sollten wir uns erinnern, wenn wir - wie alljährlich - am 5. Mai den Europatag begehen. Doch dieser Tag kann nicht allein Anlaß sein, Rückschau zu halten und geschichtliche Ereignisse der europäischen Integration kritisch zu kommentieren.

Für uns Deutsche bedeutet der Europarat Partnerschaft und Demokratie. Doch das ist er nicht nur für uns Deutsche, sondern für alle Bürger in den 21 Mitgliedsländern des Europarates. Partnerschaft und Demokratie sind gleichzeitig die soliden Grundlagen für die Erhaltung des Friedens in unserer Region "Europa".

Deshalb kann es nicht um die Frage gehen, ob der Europarat neben der erweiterten Europäischen Gemeinschaft noch europäische Aufgaben und Ziele hat, sondern wir müssen uns allein fragen, wie wir die Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Organisationen - Europarat und Europäische Gemeinschaft - verbessern und effektiver gestalten können. Der Europarat ist und bleibt das Bindeglied zwischen den EG-Mitgliedsländern und denjenigen europäischen Ländern, die zwar dem Europarat angehören, aber aus eigenen nationalen politischen Überlegungen nicht der Europäischen Gemeinschaft beigetreten sind.

Die Europäische Bewegung aus vier Nachbarländern arbeitet zusammen, alle vier Länder gehören dem Europarat an, die Bundesrepublik Deutschland zusätzlich auch der Europäischen Gemeinschaft.

Die vier Länder haben viele Epochen einer gemeinsamen Geschichte; viele Gemeinsamkeiten ihrer gesellschaftlichen Kultur, doch sie haben auch ihre nationalen und regionalen Verschiedenheiten, damit auch viele unterschiedliche Interessen. In ihrer Zusammenarbeit im Europarat geben sie ein Beispiel für Pluralität und ein Zeichen wie unterschiedliche Menschen und Staaten Notwendigkeiten gemeinsam politisch regeln können. Sie alle wissen, daß Festigung und Schutz der Demokratie, der Menschenrechte und Menschenwürde nur in der Zusammenarbeit gelingen kann.

Diese Erkenntnis bedarf der Realisierung im politischen Bereich. Aufgerufen dazu sind nicht nur die Regierungen, sondern vor allem auch die demokratischen Institutionen beider Organisationen: Das Europäische Parlament und die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Beide sind auch gleichzeitig der Garant, daß Europa den egoistischen Nationalismus, der für die Menschen stets Krieg, Not und Zwang bedeutet hat, in einem demokratischen Europa keine Wiederkehr findet.

Der diesjährige Europatag erinnert auch an ein weiteres wichtiges Ereignis der europäischen Integration: Am 9. Mai 1950 erfolgte die Erklärung zum Schuman-Plan. Darin heißt es unter anderem: "Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung." Der Schuman-Plan schuf die Grundlage für den friedlichen Wiederaufbau Europas.

Was damals gesagt wurde, gilt auch heute noch: Mit viel Beharrlichkeit, doch mit großer Überzeugung und Schritt für Schritt muß an der europäischen Einigung weitergebaut werden: Das ist der Appell am Europatag.

(-/2.5.1980/ks/ca)



Tierschutz - eine Aufgabe für alle

Öffentlichkeit muß politische Initiativen unterstützen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Tierschutzrecht der Interparlamentarischen
Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Bundestages

Wo alles vermarktet wird und Kosten und Nutzen bis auf die letzte Dezimale hinter dem Komma ausgerechnet werden, da hat das Tier kaum noch Chancen, als Lebewesen und nicht als Ausbeutungsobjekt behandelt zu werden. Auch gute und sinnvolle Gesetze wie das Tierschutzgesetz (1972) oder das Bundesnaturschutzgesetz (1976) helfen wenig, wenn nicht Politiker und Öffentlichkeit darauf achten, daß die darin enthaltenen Regelungen tatsächlich verwirklicht werden.

Beispiel Nr. 1: Zur Zeit ist in der kanadischen Provinz Neufundland wieder das große Robbenschlachten im Gange. Es dauert von Mitte März bis Ende April. Auf barbarische Art werden Zehntausende von Jungrobben, die oft erst wenige Tage alt sind, niedergemetzelt und sofort enthäutet. Häufig vergewissern sich die Robbenfänger nicht einmal, ob die mit Knüppeln und Keulen malträtierten Tiere überhaupt tot sind.

Die "Fangquote" soll offiziell nur 50 Prozent der Jungtiere betreffen; nach Feststellungen der Tierschutzvereine werden in manchen Jahren jedoch bis zu 90 Prozent der Jungrobben abgeschlachtet. 1979 haben die Kanadier 175.000 Robbenfelle verkauft. Bisher haben nur die USA ein eindeutiges Importverbot für Robbenfelle verhängt. Die meisten europäischen Staaten zögern oder verlassen sich auf freiwillige Vereinbarungen mit den Händlern wie Frankreich, die Schweiz oder Italien, wonach die Einfuhrmengen, vor allem auch von sogenannten "Whitecoats", also von Jungrobbenfellen, begrenzt werden sollen.

In der Bundesrepublik ist bislang überhaupt keine Regelung getroffen worden. Nach Mitteilung des Internationalen Tierhilfefonds sollen zwischen 1974 und 1977 nahezu eine Million Robbenfelle in unser Land importiert worden sein. Inzwischen läßt die notwendige Import- und Exportverordnung, die nach Paragraph 23 des Bundesnaturschutzgesetzes das Landwirtschaftsministerium zu erlassen hätte, immer noch auf sich warten. Gesetzliche Beschränkungen, bis hin zu einem Importverbot, sind durchaus möglich, insbesondere dann, wenn es sich um gefährdete Tierarten handelt.

Aber auch der Verbraucher - oder die Verbraucherin - könnte dazu beitragen, daß solchen Massentötungen Einhalt geboten wird: Einfach durch Kaufboykott!



Beispiel Nr. 2: Durch nicht weniger als drei Gerichtsurteile ist mittlerweile festgestellt worden, daß die zur "rationellen Eierproduktion" angewandte Käfighaltung von Legehennen mit dem Tierschutzgesetz nicht vereinbar sei. Die Tiere können sich in ihren engen Käfigen kaum bewegen und keinerlei art eigene Lebensformen entwickeln. Trotzdem hat bis heute lediglich die Schweiz die Käfighaltung verboten, während sich die EG-Staaten, einschließlich der Bundesrepublik, nicht dazu aufraffen konnten, entsprechende Verfügungen zu treffen, die der Bodenhaltung den Vorzug geben. Eine unmittelbare Notwendigkeit der Intensivhaltung, etwa im Hinblick auf die Ernährungsbedürfnisse der Bevölkerung, kann nicht nachgewiesen werden.

Paragraph 1 des Tierschutzgesetzes lautet: "Dieses Gesetz dient dem Schutz des Lebens und Wohlbefinden des Tieres. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen."

In Paragraph 2 heißt es: "1. Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muß a/ dem Tier angemessene artgemäße Nahrung und Pflege sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren und darf b/ das artgemäße Bewegungsbedürfnis eines Tieres nicht dauernd und nicht so einschränken, daß dem Tier vermeidbare Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden."

Angesichts dieser Sachlage sind Ankündigungen aus dem Landwirtschaftsministerium unverständlich und inakzeptabel, wonach die Käfighaltung in der heutigen Form legalisiert werden soll. Das Gegenteil ist erforderlich, nämlich eine Anpassung der Praxis der Tierhaltung an das Tierschutzgesetz und die Gerichtsurteile, die die Käfighaltung eindeutig als Tierquälerei einstufen.

In der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft hat sich am 17. März 1980 eine Arbeitsgruppe Tierschutzrecht konstituiert, die der Durchsetzung der bereits vorhandenen Vorschriften mehr Nachdruck verleihen und neue Initiativen vorbereiten will. Schwerpunkte der Arbeit sollen sein: a/ Tierversuche, b/ bestimmte Formen der Tierhaltung und c/ der Tierhandel, vor allem Importe und Exporte.

Die Erfahrung zeigt allerdings, daß politische Initiativen nur dann erfolgreich sind, wenn auch die Öffentlichkeit mithilft. Deshalb darf die Diskussion nicht hinter verschlossenen Türen geführt werden, sondern muß alle Beteiligten, insbesondere Tierhalter und Tierschutzverbände, mit einbeziehen. (-/2.5.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

